

Niederschrift

über die **öffentliche Haupt- und Finanzausschusssitzung** am Montag, den 08.04.2024 um 19:05 Uhr im Sitzungssaal des Mehrzweckgebäudes.

Beginn: 19:05 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2024, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Peter Felbermeier

Anwesende: Bettina Ahlrep
Christina Meckel
Ludwig Meier
Martin Müller
Sonja Rummel

Entschuldigt: Thomas Mittermair
Prof. Dr. Christian Stangl

Verwaltung: Markus Fischböck
Sebastian Scharl

Vorsitzender:

Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:

Fischböck Markus

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. **Vorberatung Haushalt 2024**
2. **Vorberatung über die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B**
3. **Erhöhung der Hundesteuer**
4. **Jährlicher Zuschuss an die Freiwillige Feuerwehr Haimhausen für die Fahrt nach Eggen**
5. **Veröffentlichung von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses**
6. **Bericht des Bürgermeisters**
7. **Wünsche und Anregungen**

Besonderheiten:

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.04.2024

Zahl der geladenen Mitglieder: 7

Zahl der Anwesenden: 6

Entschuldigt: 2

Nicht entschuldigt: 0

1. Vorberatung Haushalt 2024

Sachverhalt:

Nach den aktuellen Planungen schließt der

Verwaltungshaushalt im Jahr 2024 mit Einnahmen in Höhe von **17.857.000 €** und Ausgaben in Höhe von insgesamt **18.790.500 €**

und der **Vermögenshaushalt** mit Einnahmen in Höhe von **24.167.500 €** und Ausgaben in Höhe von **18.262.500 €**.

Damit ergibt sich ein **Gesamthaushalt** 2024 mit Einnahmen in Höhe von **42.024.500 €** und Ausgaben in Höhe von **37.053.000 €**. Der Haushaltsausgleich ist somit noch nicht erfolgt.

Folgende, größere Einnahmen und Ausgaben sind im **Verwaltungshaushalt** geplant:

Einnahmen:

Steuern bzw. steuerähnliche Einnahmen

- Gewerbesteuer 2.800.000 €
- Grundsteuer A und B 693.000 € (bei Hebesatzerhöhung auf 390 %)
- Schlüsselzuweisung 498.000 €
- Einkommenssteuerersatzleistung 458.000 €
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 5.762.000 €
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 170.000 €
- Anteil an der Grunderwerbsteuer 150.000 €
- Allg. Finanzaufzuweisung 108.000 €
- Hundesteuer 22.000 €
- Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung 44.000 €

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (v.a. Benutzungsgebühren) 5.475.000 €

Ausgaben:

- Personalausgaben 5.544.500 €
- Kreisumlage 3.945.000 €
- Gewerbesteuerumlage 264.500 €
- Verwaltungs- und Betriebsaufwand 5.744.500 €

Personalkosten Kinderbetreuung im Vergleich 2023 und 2024 als Anlage beigelegt.

Finanzplanung

Einnahmen

- Mieteinnahmen für den Geschosswohnungsbau sind in der Finanzplanung seit 10/2022 eingeplant, für das Jahr 2024 wurde eine Mieterhöhung bei einigen Wohnungen beschlossen
- In der Finanzplanung wird mit steigenden und anschließend wieder leicht rückgängigen Steuereinnahmen gerechnet. Im Vergleich zum Jahr 2024 wird in 2025 mit einem Zuwachs von rd. 100.000 €, in 2026 und 2027 mit wieder gesunkenen aber gleichbleibenden Einnahmen gerechnet.

Ausgaben:

- Personalkosten steigen in der Finanzplanung um 716.500 € gegenüber 2023
- Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage belaufen sich im Jahr 2023 auf voraussichtlich 4.227.000 € und somit -19.500 € gegenüber 2023, da die Steuerkraft des Jahres 2024 zugrunde liegt.

Finanzplanung

Im Jahr 2024 werden die Einnahmen im **Verwaltungshaushalt** die Ausgaben nicht decken können. Nach aktuellem Planungsstand wird sich ein Defizit in Höhe von 933.500 € ergeben.

In den Finanzplanungsjahren 2025 bis 2027 wird weiterhin mit einem Defizit im Verwaltungshaushalts gerechnet, da trotz steigender Steuereinnahmen und den Mieteinnahmen des Geschosswohnungsbaus am Schrammerweg die hohen Ausgaben nicht gedeckt werden können. Die Mieteinnahmen werden zur Tilgung des Wohnungsbaudarlehens verwendet.

Die Betreuungsgebühren können frühestens ab 01.09.2024 erhöht werden, sodass sich dies **vor allem** im Haushalt 2025 auswirken wird.

Die Einnahmen des **Vermögenshaushalt:**

Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens

In den Jahren 2024 bis 2025 wird mit den Verkäufen der Grundstücke am Amperberg mit Verkaufserlösen von insgesamt 25.706.000 € gerechnet.

In 2024 werden Verkaufserlöse in Höhe von 16.512.000 € angesetzt.

Des Weiteren ist der Verkauf des alten LF 16/12 mit 10.000 € eingeplant.

Beiträge und ähnliche Entgelte

Geplant sind folgende Einnahmen:

- Endabrechnung der Erschließung des Baugebiets Mooswiesen (100.000 €)
- Entwässerungsbeiträge (30.000 €)
- Erschließungsbeiträge Baugebiet Birkenweg (24.000 €)

Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen

Diese Position umfasst in 2024, neben den Grundstücksverkäufen im Baugebiet Amperberg, einen großen Teil der Einnahmen.

Mit folgenden Zuweisungen und Zuschüssen wird in 2024 gerechnet:

- Beitragersatz für Ausbau Hauptstraße (225.000 €)
- Förderung Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED (253.000 €)

- Schlusszahlung für Teilneubau und Sanierung des Kath. Kinderhauses (139.000 €)
- Investitionspauschale nach Art. 12 FAG (126.500 €)

Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen

Um die geplanten Investitionen decken zu können, muss voraussichtlich ein weiteres Zwischenfinanzierungsdarlehen über 3.800.000 € aufgenommen werden.

Ausgaben des **Vermögenshaushalts**:

Zuführung an die Rücklage

Eine Zuführung an die Rücklage wird voraussichtlich in Höhe von 4.971.500 € möglich sein.

Erwerb von Sachen des Anlagevermögens

Insbesondere sind folgende Maßnahmen geplant:

- Erwerb von zwei Notstromaggregaten (70.000 €), Ersatzbeschaffung von neuer Feuerwehrschrutkleidung (20.000 €), die Restzahlung für die Beladung des HLF 20 (Elektrolüfter 6.500 €) sowie die Beschaffung von digitalen Funkmeldeempfängern (10.000 €)
- Erneuerung Tigerhaus (Abenteuerspielplatz), Inhauser Moos und Kleinkinderbereich Haimhausen (67.500 €)
- Ersatzbeschaffung PKW für das Klärwerk (30.000 €)

In 2024 werden die Kaufpreiszahlungen für diverse Grunderwerbe fällig:

- Amperberg: 6.574.000 €
- Valleystraße: 480.000 €
- Kramerkreuz: 310.000 €

Baumaßnahmen

- Errichtung, Umbau und Erweiterung der Kinderhäuser
 - o Umbau Lüftung Kinderhausen Pfarrstraße (100.000 €)
 - o Kinderhaus Prof.-Schinnerer-Str. neuer Zaun + Abrechnung KUL (25.000 €)
 - o Planung und Neubau neues Kinderhaus (1.000.000 €)
 - o Erweiterung Waldkindergarten am Heiglweiher (117.000 €)
- Mensa Notausgangstreppe, Fassade, Treppenverkleidung (55.000 €)
- Mensa Entwässerung Vorplatz Turnhalle + Biocat Anlage (46.000 €)
- Parkbänke im Baugebiet am Grundfeld (25.000 €)
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED (297.000 €)
- BG Schrammerweg Regenrückhaltebecken und Abre. Bayerngrund (272.000 €)
- BG Amperberg Hausanschlüsse (100.000 €)
- Vorplanung Feuerwehrhaus (100.000 €)

Tilgungsleistungen und Schuldenstand

In 2024 werden die Zwischenfinanzierungsdarlehen in Höhe von 6.700.000 € aus den Jahren 2022 bis 2023 in voller Höhe getilgt. Voraussichtlich müssen noch weitere 3.800.000 € vorfinanziert werden und in 2025 durch die Verkaufserlöse des Baugebiets Amperberg getilgt werden.

Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

Hauptsächlich sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Investitionsumlage Schulverband für 216 Grundschüler (173.000 €)
- Investitionsumlage Schulverband für 68 Mittelschüler (52.000 €)
- Investitionszuschuss Einbau eines Lifts (14.000 €)
- Investitionszuschuss Erschließung Baugebiet Birkenweg (24.000 €)
- Investitionszuschuss Erschließung Baugebiet Amperberg (2.900.000 €)

Fazit:

Die Haushaltsplanung für den Zeitraum 2024 bis 2027 ist geprägt von hohen Kreditumschuldungen und Grundstücksverkäufen im Vermögenshaushalt. Durch die Baulandentwicklung und den damit verbundenen Grundstücksverkäufen kann die Gemeinde Haimhausen das Haushaltsjahr 2024 überbrücken und Rücklagen aus dem Überschuss des Vermögenshaushalts bilden.

Ab den Finanzplanungsjahren 2025 bis 2027 entsteht ein hohes Defizit im Gesamthaushalt, welches durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage nicht gedeckt werden kann. Hierzu sind entsprechend über Einsparmöglichkeiten zu beraten. Andernfalls müssen hohe Kreditaufnahmen für die bevorstehenden Investitionen (Grundstückskauf, Hochbaumaßnahmen) getätigt werden, welche von der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde abhängig sind.

Neben den laufenden Tilgungsleistungen werden 2024 die Zwischenfinanzierungsdarlehen mit einjähriger Laufzeit getilgt.

Diskussionsverlauf:

Das Gremium des Haupt- und Finanzausschusses diskutiert über das mögliche Einsparpotenzial für die Finanzplanjahre 2025 – 2027. Auch wurden die diversen Möglichkeiten über die bevorstehenden Einnahmen der Grundstücksverkäufe am Amperberg sowie der möglichen Anhebung der Hundesteuer und Grundsteuer A und B beraten. Ansonsten müssen zukünftig hohe Kreditaufnahmen für die bevorstehenden Investitionen (Grundstückskauf, Hochbaumaßnahmen) getätigt werden.

Beschluss Nr. 1:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Haushaltsplanung für den Zeitraum 2024 bis 2027 zur Kenntnis. Das Gremium ist sich einig, erneut eine Sitzung am 24.04.2024 über die Vorberatung des Haushalts 2024 stattfinden zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 (angenommen)

2. Vorberatung über die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B

Sachverhalt:

Für die Städte und Gemeinden ist die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen. Sie fließt in die Finanzierung der Infrastruktur, zum Beispiel in den Bau von Straßen und dient der Finanzierung von Schulen und Kitas. Sie hat Bedeutung für jeden von uns.

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen gesetzlichen Regelungen zur Bewertung von Grundstücken für Zwecke der Grundsteuer im Jahr 2018 für verfassungswidrig erklärt.

Der Bayerische Landtag hat am 23. November 2021 zur Neuregelung der Grundsteuer ein eigenes Landesgrundsteuergesetz verabschiedet.

Von 2025 an spielt der Wert eines Grundstücks bei der Berechnung der Grundsteuer in Bayern keine Rolle mehr. Die Grundsteuer wird in Bayern nicht nach dem Wert des Grundstücks, sondern nach der Größe der Fläche von Grundstück und Gebäude berechnet.

In den Genehmigungen der vergangenen Haushalte wurden durch den Landkreis bereits mehrfach Hinweise gegeben, dass die dauerhafte Leitungsfähigkeit des Haushaltes gefährdet ist. Diese Einschätzung entspricht weitgehend der Auffassung der Gemeindeverwaltung. Es werden klare Bedingungen formuliert, worauf bei der angespannten Finanzlage der Gemeinde künftig zu achten ist.

Hierbei gelten die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung des § 111 Abs. 5 NKomVG, wonach die Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel,

1. soweit vertretbar und geboten, aus speziellen Entgelten für die von ihnen erbrachten Leistungen,

2. im Übrigen aus Steuern

zu beschaffen haben, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Nach Auffassung der Verwaltung erscheint es derzeit weder vertretbar noch geboten die benötigten umfangreichen Mehrerlöse aus den übrigen beeinflussbaren Entgelten einzunehmen. Als verlässliche Alternative verbleibt insbesondere die Grundsteuer.

Nach § 25 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes (GrStG) kann die Änderung des Hebesatzes rückwirkend zum Beginn des laufenden Kalenderjahres erfolgen, wenn der entsprechende Änderungsbeschluss vom Gemeinderat bis spätestens zum 30.06. des Kalenderjahres gefasst wird.

Die finanzielle Situation für die kommenden Haushaltsjahre stellt sich sehr kritisch dar. Der Höchstbetrag für Kassenkredite in Höhe von 2,69 Mio. EUR ist durch die Leistung der hohen Ausgaben der Gemeinde oftmals ausgeschöpft.

Mit Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 sowie die Finanzplanungsjahre 2025 bis 2027 wurden die in § 4 der Haushaltssatzung genannten Steuersätze (Hebesätze) für die Grundsteuer A mit jeweils 390 v. H. und für die Grundsteuer B mit jeweils 390 v. H. festgesetzt.

Gründe für die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B:

- ein weiteres Anwachsen des in den Vorjahren angesammelten Kassenkredits in Höhe von 2,0 Mio. EUR zu verhindern,
- einen teilweisen Abbau des zurzeit rd. 2,0 Mio. EUR betragenden Kassenkredits zu ermöglichen,
- den Instandsetzungs- und Sanierungsstau der Ortsstraßen zu reduzieren,
- die finanziellen Voraussetzungen für die Bildung von Überschussrücklagen zur (teilweisen) Eigenfinanzierung von Investitionen gem. § 123 Abs. 1 NKomVG zu schaffen und
- die gemeindliche Haushaltswirtschaft für die zahlreichen neuen Aufgaben und Projekte auf eine zukunftsfähige finanzielle Basis zu stellen.

Derzeit ist nach den aktuellen Planansätzen für 2024 für den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 933.500 EUR nötig. Zudem erfordert die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt (Summe der ordentlichen Tilgungen) in 2024 einen Betrag von 286.380 EUR. Dies führt in Summe zu einem ungedeckten Finanzbedarf von 1.219.880 EUR.

Die Haushalte der vergangenen Jahre waren zwar in Plan und Abschluss ausgeglichen, allerdings reichte dies nicht aus, um die Kassenkredite zu vermindern.

Die letzte Anpassung der Grundsteuerhebesätze fand zum 18.03.2021 statt. Da jedoch die Grundsteuer nach dem festgestellten Einheitswert des Grundstücks bemessen wird, steigen die Einnahmen nicht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Kaufkraft der Bürger an. Da andererseits der gemeindliche Haushalt von der permanenten Teuerung betroffen ist, bleibt nur die Möglichkeit über eine Hebesatzanpassung an der gestiegenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu partizipieren. Wird diese Anpassung über längeren Zeitraum unterlassen, verringert sich laufend die Kaufkraft des Gemeindehaushaltes mit entsprechenden negativen Folgen für die Aufgabenerfüllung.

Die breitgefächerten gesellschaftlichen Aufgaben, die mit dem Gemeindehaushalt abgedeckt werden bedürfen einer soliden Finanzierung. Nach der derzeitigen Planung des neuen Kinderhaus in der Valleystraße werden sich die dauerhaften unabwendbaren Grundlasten wie die Betriebskosten, Personal und Unterhaltung maßgeblich erhöhen.

Eine Anhebung der Grundsteuer um 30 Prozentpunkte ist das geeignete Mittel, um zusätzlichen Finanzbedarf der Gemeinde gerecht zu verteilen, da die Streuung der Mehrbelastungen auf nahezu alle Einwohner erfolgt. Bei sozial schwächer gestellten Personen erfolgt die Kompensation über das Wohngeld oder vergleichbare Sozialleistungen. Wegen der breiten Streuwirkung bleibt die Mehrbelastung für den einzelnen Haushalt relativ moderat. Auf die Berechnungsbeispiele gemäß Anlagen wird hingewiesen.

Zum jetzigen Stand, ausgehend von gleichbleibenden Grundsteuermessbeträgen (Berechnung der Grundsteuer) aller veranlagten Objekte, ergeben sich folgende Mehreinnahmen:

- Grundsteuer A 4.455,60 €
- Grundsteuer B 48.770,40 €

Diskussionsverlauf:

Das Gremium diskutiert über die mögliche Anpassung der Grundsteuer A und B entsprechend die Hebesätze der Grundsteuer A und B. Auch steht in der Diskussion, den Hebesatz mehr als 30 Prozentpunkte zu erhöhen. Herr Meier machte den Vorschlag, den Hebesatz der Gewerbesteuer bei 330 % zu belassen. Es bestand grundsätzlich Einigkeit, den Hebesatz der Gewerbesteuer unberührt zu lassen und keine Erhöhung zu beschließen. Frau Ahlrep machte den Vorschlag, die Hebesätze der Grundsteuer A und B rückwirkend zum 01.01.2024 um jeweils 60 Prozentpunkte auf 420 % zu erhöhen.

Beschluss Nr. 1:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Hebesätze der Grundsteuer A und B rückwirkend zum 01.01.2024 um jeweils 60 Prozentpunkte von 360 % auf 420 % zu erhöhen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer bleibt bislang unberührt.

Abstimmungsergebnis: 4 : 2 (angenommen)

3. Erhöhung der Hundesteuer

Sachverhalt:

Die Hundesteuer gehört zu den örtlichen Steuern, die an die Haltung von Hunden anknüpft. Die an die Aufnahme eines Hundes in einen Haushalt im Gemeindegebiet anknüpfende Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandssteuer im Sinne des Art. 105 Abs. 2a Satz 1 GG unabhängig davon, ob und in welchem Umfang sich der Hund auch außerhalb des Gemeindegebietes aufhält. Die Hundesteuer gehört zu den herkömmlichen Aufwandsteuern, weil das Halten eines Hundes über die Befriedigung des allgemeinen Lebensbedarfs hinausgeht und einen Aufwand erfordert.

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Hundesteuer ist das KAG, welches die Gemeinde zum Erlass entsprechender Hundesteuersatzungen berechtigt.

Um das enorme Defizit im Verwaltungshaushalt in Höhe von 933.500 EUR zu verringern, ist die Erhöhung der Hundesteuer eine weitere Möglichkeit.

Durch die geplante Erhöhung werden Mehreinnahmen in Höhe von 14.000 EUR generiert.

Eine Berechnung ist als Anlage beigefügt.

Beschluss Nr. 1:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat entsprechend die Erhöhung der Hundesteuer auf 100 € pro Hund, 50 € pro ermäßigten Hund sowie 1.000 € pro Kampfhund zu beschließen. Die bisher geltende Staffelung pro weiteren Hund soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 5 : 1 (angenommen)

4. Jährlicher Zuschuss an die Freiwillige Feuerwehr Haimhausen für die Fahrt nach Eggen

Sachverhalt:

Der Feuerwehrverein der Freiwilligen Feuerwehr Haimhausen e.V. pflegt seit Jahren die Partnerschaft mit Eggen in Südtirol. Hierfür wurden durch die Gemeinde für die beiden Fahrten in 2023 ca. 1.770 € und für die Fahrten in 2022 ca. 1.450 € erstattet. Für die Erstattungen der angefallenen Kosten wurden diverse Belege für Übernachtung und Verpflegung eingereicht. Um die Abwicklung für die kommenden Fahrten einfacher zu gestalten wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, künftig einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1.200 €, gegen Vorlage eines Nachweises der Fahrt(en), zu gewähren.

Beschluss Nr. 1:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dem Feuerwehrverein der Freiwilligen Feuerwehr Haimhausen e.V. für die Fahrten nach Eggen im Rahmen der Brauchtumspflege einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 1.200 € pro Jahr zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 (angenommen)

5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses

Diskussionsverlauf:

Der Haupt- und Finanzausschuss beurteilt die Rechtslage für die in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse so, dass für diese zu keinem Zeitpunkt die Gründe der Geheimhaltung wegfallen werden.

6. Bericht des Bürgermeisters

Diskussionsverlauf:

Keine Themen.

7. Wünsche und Anregungen

Diskussionsverlauf:

Keine Themen.

Ende der Sitzung.

